



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Kreistag

Niederschrift

über die 20. ordentliche öffentliche Sitzung des Kreistages am 27.02.2012 im
Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943
Luckenwalde.

Anwesend waren:

Kreistagsvorsitzender

Herr Christoph Schulze

Landrat

Herr Peer Giesecke

Kreistagsabgeordnete

Herr Dirk Steinhausen
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Frau Karola Andrae
Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Helmut Barthel
Herr Michael Baumecker
Frau Martina Borgwardt
Frau Maritta Böttcher
Herr Thomas Czesky
Frau Gabriele Dehn
Herr Helmut Dornbusch
Herr Peter Dunkel
Herr Danny Eichelbaum
Herr Erich Ertl
Frau Katja Grassmann
Herr Dr. Rudolf Haase
Herr Bernd Habermann
Herr Detlev von der Heide
Herr Bernd Heimberger
Herr Dirk Hohlfeld
Herr Klaus Hubrig
Frau Heide Igel
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Herr Wilfried Käthe
Frau Evelin Kierschk

ab 17.20 Uhr (TOP 3)
bis 19 Uhr (TOP 8.5)

Frau Gertrud Klatt
Herr Andreas Krüger
Herr Falk Kubitzka
Herr Hermann Kühnapfel
Frau Bärbel Laue bis 19.40 Uhr (TOP 8.6)
Herr Lutz Lehmann
Herr Fritz Lindner
Frau Christin Menzel bis 18 Uhr (TOP 7)
Herr Lutz Möbus
Herr Matthias-Eberhard Nerlich
Herr Jörg Niendorf
Herr Frank Priefert
Frau Bärbel Redlhammer-Raback
Herr Dr. Rainer Reinecke
Frau Gertraud Rocher
Herr Roland Scharp ab 17.20 Uhr (TOP 3)
Herr Helmut Scheibe
Frau Gabriele Schröder
Herr Wilhelm Schröter
Frau Ria von Schrötter
Herr Dr. Günter Stirnal
Herr Felix Thier
Herr Michael Wolny

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske Erste Beigeordnete und Dezernentin II
Herr Holger Lademann Beigeordneter und Dezernent III
Herr Detlef Gärtner Beigeordneter und Dezernent IV
Herr Dieter Albrecht Dezernent I
Herr Horst Bührendt Dezernent V

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete

Herr Dr. Manfred Georgi
Frau Carola Hartfelder
Herr Günter Henkel
Frau Heike Kühne
Herr Andreas Noack
Frau Angelika Österreicher
Frau Dr. Irene Pacholik
Frau Kornelia Wehlan

Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 12.12.2011
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anfragen
- 5.1 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1113/11-KT
- 5.2 Anfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zum Pflegestützpunkt Teltow-Fläming 4-1126/12-KT
- 5.3 Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Überprüfung der Wahlbeamten und Dezernatsleiter der Kreisverwaltung auf eine Tätigkeit für das MfS der ehemaligen DDR 4-1127/12-KT
- 5.4 Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank zum Verkauf der MBS-Immobilien der SWFG mbH 4-1159/12-KT
- 5.5 Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zum Stand der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur B 101 4-1167/12-KT
- 6 Anträge
- 6.1 Antrag von sechs Abgeordneten zur finanziellen Unterstützung der Gemeinde Rangsdorf für die Durchführung einer Nutzen-Kosten-Untersuchung für die Verlängerung der S-Bahn von Blankenfelde über Dahlewitz nach Rangsdorf 4-1128/12-KT
- 7 Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Teltow-Fläming 4-1125/11-LR
- 8 Haushalt des Landkreises Teltow-Fläming 2012
- 8.1 Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming 4-1142/12-KT
- 8.2 Einwendungen der Stadt Ludwigsfelde gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming 4-1143/12-KT
- 8.3 Einwendungen der Stadt Trebbin gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming 4-1144/12-KT
- 8.4 Einwendungen der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming 4-1151/12-KT
- 8.5 Haushaltssicherungskonzept 2012 4-1097/11-V/1
- 8.6 Haushaltssatzung 2012 4-1098/11-I
- 8.7 Jugendförderplan 2012 4-1153/12-V/1
- 9 Personalbericht 2011 und Personalbedarfsplanung für den Zeitraum 2012 bis 2020 der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 4-1154/12-I
- 10 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming 2012 4-1131/12-III
- 11 Grundwassersanierung Rangsdorf, Zülowpromenade – Abschluss 2011 4-1152/12-III
- 12 Erlass zur einstweiligen Sicherstellung durch den Landrat für das 4-1158/12-III

beabsichtigte Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide"

- | | | |
|-----------|--|--------------|
| 13 | Finanzielle Mittel für die Arbeit der Fraktionen des Kreistages im Jahr 2012 | 4-1130/12-KT |
| 14 | Personelle Veränderung in Ausschüssen des Kreistages | 4-1148/12-KT |
| 15 | Mitteilungen des Landrates | |

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Abgeordneten und Gäste, stellt die frist- und formgerechte Einberufung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt Frau Gabriele Dehn, SPD, sowie Herrn Dirk Steinhausen, CDU, als neue Abgeordnete des Kreistages und verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen, das Grundgesetz der BRD, die Verfassung des Landes Brandenburg und die Gesetze zu beachten sowie ihre Pflichten zum Wohle des Landkreises zu erfüllen.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass die Vorlage – Erlass zur einstweiligen Sicherstellung durch den Landrat für das beabsichtigte Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide" – zurückgestellt wird und der TOP 12 zu streichen ist.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 2

Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass mit Aufhebung der Satzung zur Verwendung des Kreiswappens in der letzten Sitzung des Kreistages Parteien und politische Gliederungen das Wappen nicht verwenden dürfen. Er wird an die Fraktionsvorsitzenden ein Schreiben richten, wie die Verwendung durch die Fraktionen und einzelne Abgeordnete nunmehr gehandhabt werden kann.

Weiterhin teilt er mit, dass er die strittige Frage zur Verteilung der BStU-Unterlagen im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung des Kreistages prüfen lassen hat. Bestätigt wurde, dass die im Kreistag gewählte Verfahrensweise korrekt war. Allen Abgeordneten wurden die Ergebnisse der Prüfung des Innenministeriums, der Landesdatenschutzbeauftragten, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Stasi-Unterlagenbehörde mit der Kreistagspost schriftlich zur Kenntnisnahme zugesandt.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert über die Mitteilung des Innenministeriums zur Bildung einer AG Haushaltskonsolidierung. Es zeichnet sich ab, dass der Beschluss, so wie er im Kreistag gefasst wurde, gültig ist und dass dementsprechend verfahren werden kann.

(Herr Abg. von der Heide und Herr Abg. Scharp nehmen an der Sitzung teil.)

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 12.12.2011

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages gibt die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde bekannt.

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5

Anfragen

TOP 5.1

Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1113/11-KT

Herr Abg. Dr. von der Bank merkt an, dass er bei Bedarf schriftliche Nachfragen stellen wird. Er weist darauf hin, dass aktuell 295 Grundschüler in der Grundschule Groß Machnow eingeschult sind.

TOP 5.2

Anfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zum Pflegestützpunkt Teltow-Fläming (4-1126/12-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt vor. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.3

Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Überprüfung der Wahlbeamten und Dezernatsleiter der Kreisverwaltung auf eine Tätigkeit für das MfS der ehemaligen DDR (4-1127/12-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt vor. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.4

Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank zum Verkauf der MBS-Immobilien der SWFG mbH (4-1159/12-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt auf den Tischen. Nachfragen dazu können in der nächsten Sitzung des Kreistages gestellt werden.

TOP 5.5

Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zum Stand der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur B 101 (4-1167/12-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt auf den Tischen. Nachfragen dazu können in der nächsten Sitzung des Kreistages gestellt werden.

TOP 6

Anträge

TOP 6.1

Antrag von sechs Abgeordneten zur finanziellen Unterstützung der Gemeinde Rangsdorf für die Durchführung einer Kosten-Nutzen-Untersuchung für die Verlängerung der S-Bahn von Blankenfelde über Dahlewitz nach Rangsdorf (4-1128/12-KT)

Herr Abg. Habermann begründet den Antrag und verweist in seinen Ausführungen auf den Beschluss des Kreistages vom 10.12.2007, mit dem der Kreistag einstimmig die S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf unterstützt hat. Für ihn hat die S-Bahnverlängerung den gleichen Stellenwert wie die Verlängerung der B 101 nach Süden und die Flaeming-Skate. Damit die Investition durch den Bund finanziert werden kann, ist eine wirksame Unterstützung durch den Landkreis notwendig.

Herr Landrat Giesecke informiert, dass er den Auftrag des Kreistages, sich mit der Landesregierung dazu in Verbindung zu setzen, erfüllt und mehrere Gespräche mit dem Minister und dem Staatssekretär geführt hat. Des Weiteren hat er – gemeinsam mit dem Verein BISAR – Gespräche mit dem Verkehrsverbund geführt. Gegenwärtig aktualisiert das Land den Nahverkehrsplan. Im Entwurf ist die S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf – ebenso Velten – nicht enthalten. Durch den Minister wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Land keine neuen SPNV-Strecken bestellen wird. Deshalb wäre es jetzt der falsche Augenblick, das Geld des Landkreises für eine Kosten-Nutzen-Untersuchung auszugeben. Er empfiehlt den Abgeordneten, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Abg. Scharp zeigt sich darüber verwundert, dass dieser Antrag von fünf Mitgliedern der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow unterzeichnet wurde, da die Gemeindevertretung bereits mehrfach einen gleichlautenden Antrag abgelehnt hat. Deutlich gemacht wurde dabei, dass der Regionalhaltepunkt Dahlewitz wegfällt und der Regionalhaltepunkt Blankenfelde gefährdet ist, wenn die S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf kommt.

Herr Abg. Habermann führt aus, dass die Aussage zum Wegfall des Regionalhaltepunktes in Blankenfelde falsch ist. Er weist weiterhin darauf hin, dass bei der Konzeptvorstellung des Projektes FAIR Leben in Ludwigsfelde die Aussage getroffen wurde, dass die S-Bahnverbindung nach Rangsdorf mit eingebunden wird.

Herr Abg. Wolny macht darauf aufmerksam, dass es eine Weiterentwicklungsmöglichkeit für die südliche Region geben muss, da ein prosperierendes Siedlungsgebiet entlang der Dresdner-Bahn eine entsprechende Versorgung benötigt.

Herr Abg. Heimberger verweist darauf, dass bereits 1990 die sofortige Erschließung ehemaliger S-Bahnstrecken versprochen wurde.

Es erfolgt Abstimmung über den Antrag mit folgendem Wortlaut:

„Zur Durchführung einer Kosten-Nutzen-Untersuchung (NKU) für die Verlängerung der S-Bahn von Blankenfelde über Dahlewitz nach Rangsdorf (noch nicht realisierter S-Bahn-Lückenschluss nach dem Fall der Berliner Mauer) beteiligt sich der Landkreis

Teltow-Fläming finanziell gegenüber der Gemeinde Rangsdorf und stellt dafür in den Haushalt 2012 des Landkreises 10.000 € ein.“

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

TOP 7

Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Teltow-Fläming

(4-1125/11-LR)

(Herr Abg. Krüger erklärt seine Befangenheit und nimmt im Bereich der Besucherplätze Platz.)

Der Vorsitzende des Kreistages informiert über die Änderungsempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft. Der Ausschuss schlägt vor, den Beschlussvorschlag um einen Punkt 3 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: „Zur Umsetzung der Vorlage wird als Zeitrahmen Mitte 2012 gesetzt.“

Herr Abg. Barthel informiert über die Beratungen in der AG Wirtschaftsförderung. Er verweist darauf, dass keine Strukturen aus der SWFG direkt in das neu zu bildende Amt der Kreisverwaltung übernommen werden. Wie die Strukturen aussehen und mit welchem Personal die Aufgaben bewältigt werden, ist noch nicht festgeschrieben. Herausgearbeitet wurde, dass die Kosten für die künftig zu erbringenden Leistungen in der Wirtschafts- und Tourismusförderung deutlich unter denen der Vergangenheit liegen müssen. Im Ergebnis der Ausgliederung der Wirtschaftsförderung und des Verkaufs der MBS-Immobilien bleiben drei Gruppen von Immobilien für die zukünftige Immobiliengesellschaft übrig – die Altimmobilien, Gewerbeflächen und der Biotechnologiepark. Zum Biotechnologiepark gibt es die klare Aussage, dass geprüft werden soll, inwieweit dieser zu veräußern ist. Damit könnten die Zu-schüsse für die „Rest-SWFG“ reduziert werden.

Herr Abg. Dr. von der Bank macht deutlich, dass seine Fraktion zum vorgelegten Konzept zur Umstrukturierung der SWFG einige Kritikpunkte hat. Er verweist darauf, dass die neue SWFG nicht unmissverständlich als Verwertungsgesellschaft mit dem klaren Auftrag benannt wird, die verbliebenen Immobilien zeitnah zu verkaufen. Die Fraktion bezweifelt die angegebene Höhe der tatsächlichen Einsparungen von mindestens 200.000 Euro. Insbesondere sollten aus Sicht der CDU-Fraktion - nach einem erfolgreichen Verkauf aller Immobilien - die jährlichen Verluste durch Zinszahlungen und Abschreibungen entfallen. Die Aussage, dass sich die geplanten Einsparungen im Wesentlichen aus Personalkosteneinsparungen ergäben impliziert, dass insbesondere die heutigen Mitarbeiter der SWFG unter diesen zu leiden haben werden. Unsoziale Härten und Entlassungen lehnt die Fraktion ab. Herr Abg. Dr. von der Bank kritisiert, dass der Vorlage keine Übersicht über die Stellenplanung beiliegt und es keine detaillierte Finanzplanung für die neue SWFG gibt. Eine Verschiebung der Diskussion ausschließlich in nichtöffentliche Sitzungen des Aufsichtsrates und der Arbeitsgruppe Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung ist wenig transparent für die Fraktionen und die Öffentlichkeit und daher weiterhin kritikwürdig. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen, um den Weg für die ersten Schritte zur nachhaltigen Umstrukturierung der SWFG freizumachen. Die Gründung eines neuen Amtes für Wirtschaftsförderung unter Kontrolle des Kreistages wird ausdrücklich begrüßt.

Der Vorsitzende des Kreistages weist auf § 97 Abs. 7 BbgKVerf hin, wonach die Vertreter des Landkreises in der SWFG den Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten haben bzw. der Kreistag oder der Kreisausschuss jederzeit Auskunft verlangen kann, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(Frau Abg. Menzel verlässt die Sitzung.)

Herr Landrat Giesecke begrüßt den Zeitrahmen, den der Wirtschaftsausschuss für die Realisierung der Umstrukturierung der SWFG vorgegeben hat. Er weist darauf hin, dass es sich für die Mitarbeiter der SWFG um einen Betriebsübergang nach BGB handelt. Die Stelle

für den Leiter des Wirtschaftsförderungsamtes in der Kreisverwaltung wird ausgeschrieben werden.

Der Kreistag beschließt:

1. Die Aufgabenfelder Unternehmensbetreuung, Fläming-Skate, Lotsendienst und KfW-Gründercoaching, Breitbandversorgung, Projektkoordination EU-Staaten/ Wirtschaftswache TF der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG mbH) werden in ein zukünftig zu bildendes Amt beim Wirtschaftsförderungsbeauftragten in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming integriert.
2. Die SWFG mbH wird zu einer Immobiliengesellschaft umstrukturiert.
3. Zur Umsetzung der Vorlage wird als Zeitrahmen Mitte 2012 gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

TOP 8

Haushalt des Landkreises Teltow-Fläming 2012

(Herr Abg. Krüger nimmt wieder an der Beratung teil.)

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass es durch den Abgeordneten Kühnappel Widerspruch dazu gab, dass der HFA am heutigen Tage nicht frist- und formgerecht geladen wurde und somit keine Beschlussempfehlung für die Abstimmung des Haushaltes abgeben kann. Aus diesem Grund wird er die entsprechenden Beschlussempfehlungen über die Einwendungen der Gemeinden zum Haushalt umformulieren.

Zu diesem Vorschlag gibt es keinen Widerspruch der Abgeordneten.

Weiterhin gibt der Vorsitzende des Kreistages bekannt, dass es kritische Bemerkungen der Bürgermeisterin der Stadt Zossen zur Bereitstellung der Haushaltsunterlagen auf CD-Rom für die Abgeordneten gab. In einem durch ihn geführten Gespräch mit den Vorsitzenden der Fraktionen kam zu Ausdruck, dass es generell keine Probleme mit der Befassung der Haushaltsunterlagen gab. Zwei Fraktionen äußerten den Wunsch, zukünftig zusätzlich auch eine entsprechende Anzahl von Exemplaren in Papierform zu erhalten.

TOP 8.1

Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming (4-1142/12-KT)

Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass es sich aus seiner Sicht nicht um Einwendungen, sondern lediglich um Hinweise und Anregungen der Gemeinden zum Kreishaushalt handelt. Deshalb wurde durch den HFA angeregt, im Beschlussvorschlag zu formulieren, dass der Kreistag die Stellungnahmen der Gemeinden zur Kenntnis nimmt. Wenn es sich um Einwendungen handeln würde, müsste über diese einzeln abgestimmt werden.

Herr Abg. Hohlfeld schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Hinweise und Bemerkungen der Stadt Zossen zur Kenntnis genommen werden, was auch für alle weiteren Vorlagen zu den Einwendungen der Gemeinden so gehandhabt werden sollte.

Der Vorsitzende des Kreistages macht auf den § 129 BbgKVerf aufmerksam, in dem das Verfahren der Beteiligung der Gemeinden zum Kreishaushalt gesetzlich vorgegeben ist. Da nicht genau definiert ist, was eine Einwendung ist, schlägt er vor, das Wort Einwendung im Beschlussvorschlag zu belassen. Er unterbreitet Vorschläge für 3 Punkte des Beschlussvorschlages.

Herr Abg. Barthel fragt nach, ob es Beschlüsse der Gemeindevertretungen zu den jeweiligen Einwendungen gibt.

Herr Abg. Eichelbaum führt aus, dass der Bürgermeister ein Vertretungsorgan der Gemeinde ist und er deshalb für die Gemeinde Einwendungen erheben kann.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012 und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	0

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag lehnt die Einwendungen der Stadt Zossen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012 und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	13
Enthaltung:	8

Der Kreistag beschließt:

die Stellungnahme der Verwaltung zum Kreishaushalt 2012 zu den Bemerkungen (Einwendungen) der Stadt Zossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

TOP 8.2

Einwendungen der Stadt Ludwigsfelde gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming (4-1143/12-KT)

Herr Abg. Priefert fragt, wann die noch offenen Fragen der Stadt Ludwigsfelde beantwortet werden.

Der Vorsitzende des Kreistages führt an, dass nur über frist- und formgerecht eingereichte Einwendungen der Stadt Ludwigsfelde eine Abstimmung im Kreistag erfolgt. Die vorliegenden Fragen sind deshalb heute nicht Gegenstand und können in den Fachausschüssen diskutiert werden.

Herr Landrat Giesecke sichert eine Beantwortung der noch ausstehenden Fragen der Stadt Ludwigsfelde zu.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Stadt Ludwigsfelde gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012 und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag lehnt die Einwendungen der Stadt Ludwigsfelde gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012 und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	15
Enthaltung:	9

Der Kreistag beschließt:

die Stellungnahme der Verwaltung zum Kreishaushalt 2012 zu den Bemerkungen (Einwendungen) der Stadt Ludwigsfelde.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

TOP 8.3

Einwendungen der Stadt Trebbin gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming (4-1144/12-KT)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Stadt Trebbin gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012 und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag lehnt die Einwendungen der Stadt Trebbin gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012 und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	12
Enthaltung:	12

Der Kreistag beschließt:

die Stellungnahme der Verwaltung zum Kreishaushalt 2012 zu den Bemerkungen (Einwendungen) der Stadt Trebbin.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

TOP 8.4

Einwendungen der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Teltow-Fläming (4-1151/12-KT)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012

und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag lehnt die Einwendungen der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gegen den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2012 und gegen das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012 ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	13
Enthaltung:	11

Der Kreistag beschließt:

die Stellungnahme der Verwaltung zum Kreishaushalt 2012 zu den Bemerkungen (Einwendungen) der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

TOP 8.5

Haushaltssicherungskonzept 2012

(4-1097/11-1/1)

Der Vorsitzende verweist darauf, dass zusätzlich zur Vorlage folgende Dokumente auf den Tischen der Abgeordneten liegen:

- Austauschseite zum Haushaltssicherungskonzept 2012
- Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion zum Haushaltssicherungskonzept
- Ergänzungsantrag der Fraktion SPD/Grüne zum Haushaltssicherungskonzept
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Haushaltssicherungskonzept

Herr Landrat Giesecke führt aus, dass es im HFA weitere Änderungsvorschläge gab. Als Einreicher der Vorlage trägt er diese mit und bittet um Änderungen auf der Seite 24.

Der Vorsitzende des Kreistages bittet einen Antragsberechtigten darum, ihm diese Änderung zur Abstimmung schriftlich vorzulegen. Herr Abg. Dr. Kalinka erklärt sich dazu bereit.

Herr Abg. Eichelbaum, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion TF, verweist in seinen Ausführungen darauf, dass mit dem vorgelegten Haushalt Wunsch und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, so wie dies auch in den vergangenen drei Jahren der Fall war. Die wahre Haushaltslage des Landkreises wird mit buchhalterischen Tricks, zu niedrig kalkulierten Produktansätzen, höheren Schlüsselzuweisungen und einer höheren Kreisumlage verschleiert. Er macht auf die seitens der CDU-Fraktion bereits im vergangenen Jahr im

Rahmen der Haushaltsdiskussion vorgelegten konkreten Sparvorschläge aufmerksam, die abgelehnt wurden. Deshalb ist die Fraktion heute darüber verwundert, dass sich ein Teil der Vorschläge in diesem Jahr im Antrag der Fraktion DIE LINKE. wiederfindet. Er führt an, dass die Nichtgenehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 durch das Innenministerium gezeigt hat, wie dramatisch die Haushaltslage ist und eine Bankrotterklärung für die Haushaltspolitik der letzten zwei Jahre darstellt. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion auch zukünftig keinen Beschluss des Kreistages mittragen wird, der zusätzliche Kosten verursacht, die nicht an anderer Stelle eingespart werden können. Deshalb muss endlich angefangen werden, die Strukturprobleme des Haushaltes zu klären, die Ausgaben zu kürzen und Schulden abzubauen. Deshalb hat die Fraktion nochmals Sparvorschläge in Höhe von 1,8 Mio. € unterbreitet. Ins-besondere versteht die Fraktion nicht, dass trotz der angespannten Haushaltslage die Personalaufwendungen im Landratsbereich von 2011 zu 2012 von 1,1 Mio. € auf 1,6 Mio. € steigen sollen. Kritisiert wird ebenso, dass allein von 2009 bis 2011 insgesamt 42 neue Stellen geschaffen wurden und 2012/2013 nochmals fünf neue Stellen geschaffen werden sollen, obwohl die Personalausgaben des Landkreises über dem Durchschnitt aller anderen brandenburgischen Landkreise liegen. Angesichts der dramatischen Haushaltssituation ist die Fraktion bereit, der Verwaltung die Hand zu reichen, um finanzpolitisch eine Wende zu erreichen. Da heute zahlreiche konkrete Änderungsvorschläge für den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept vorliegen, sollte nicht unter Zeitdruck gehandelt und die Pläne sollten nochmals verändert werden. **Deshalb beantragt die Fraktion, die Schlussabstimmung über den Haushalt auf die Sitzung des Kreistages am 26. März 2012 zu verschieben.**

Herr Abg. Akuloff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., macht deutlich, dass alle vorliegenden Anträge zum Haushalt zweckmäßig sind, um die Situation grundsätzlich zu ändern. Eine Beschlussfassung heute oder am 26. März 2012 ändert nichts an der prekären Lage, in der sich der Landkreis befindet. Er begründet den vorliegenden Antrag der Fraktion, wobei als eine wichtige Maßnahme das Controlling über die Kosten der laufenden Verwaltung zu sehen ist. Eine Kürzung um jeden Preis und pauschal wird abgelehnt. Eine Forderung der Fraktion ist, dass der Kreistag bei Personalentscheidungen mitbeteiligt werden sollte. Die Fraktion stellt heraus, dass das Zurückstellen von Maßnahmen aufgrund fehlender Mittel in diesem Jahr nicht bedeuten darf, dass diese generell gestrichen werden und verweist darauf, dass alle freiwilligen Aufgaben, die der Kreis leistet, durch Kreistagsbeschlüsse legitimiert sind. Herr Abg. Akuloff hofft für die Zeit der notwendigen Haushaltskonsolidierung, dass die Streitkultur im Kreistag den neuen Erfordernissen angepasst wird, dass die Verwaltung die Transparenzforderung der Abgeordneten aus Eigenerkenntnis erfüllen wird und dass alle Bürgermeister als Verhandlungs- und Verantwortungspartner des Landrates mit gegenseitiger Akzeptanz agieren können.

Abschließend bittet Herr Abg. Akuloff darum, im Antrag der Fraktion DIE LINKE. unter Punkt 4 eine Korrektur vorzunehmen. Richtig lauten muss es „§ 6 Nr. 3“.

Herr Abg. Lindner, Vorsitzender der Fraktion SPD/Grüne, bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion dafür steht, dass der Haushaltskonsolidierungsdruck wesentlich verschärft werden muss und es kein einfaches „weiter so“ mehr geben darf. Die Fraktion bekennt sich zu einer umfangreichen Aufgabenkritik, bei der alle Aufgaben und Ausgaben auf den Prüfstand kommen müssen. Die Zuschussbedarfe müssen spürbar gesenkt werden, von der SWFG über den Flughafen Schönhagen bis hin zum Museumsdorf Glashütte und zur Flaeming-Skate. Deshalb schlägt die Fraktion vor, dass die AG Haushaltskonsolidierung durch eine in Haushaltssanierungsfragen qualifizierte Gesellschaft fachlich begleitet und unterstützt wird. Die Vorschläge, die heute von der CDU-Fraktion und der Fraktion die LINKE. eingebracht wurden, werden begrüßt und sollten in der AG Haushaltskonsolidierung geprüft und bearbeitet werden. Die Fraktion fordert, die überfälligen Jahresrechnungen schnell vorzulegen, damit der Betrag der aufgelaufenen Fehlbeträge bekannt ist. Des Weiteren muss

die formale und materielle Qualität des Haushaltsplanes und des Haushaltssicherungskonzeptes verbessert werden.

(Herr Abg. Heimberger verlässt die Sitzung.)

Herr Landrat Giesecke stellt dar, was der Landkreis seit der Zeit seines Bestehens an Investitionen getätigt hat und wie diese dazu beigetragen haben, die Lebensqualität für die Menschen in den Kommunen des Landkreises zu verbessern. Er macht deutlich, dass mit der frühzeitigen Einbringung eines ausgeglichenen Haushaltes alle Voraussetzungen für eine Haushaltskonsolidierung geschaffen wurden, dies jedoch keine Garantie dafür ist, dass der Haushaltsplan in allen Punkten erfüllbar sein wird. Herausforderungen werden bei der Bewältigung der Haushaltsprobleme so u.a auch die Folgen der demografischen Entwicklung sein, sowie die Tatsache, dass das Land zunehmend Aufgaben an die Landkreise abgibt, ohne den finanziellen Ausgleich dafür zu leisten. Zum Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung des Haushaltes merkt Herr Landrat Giesecke an, dass dies nur wertvolle Zeit kostet und er davon abrät.

Frau Abg. Redlhammer-Raback fragt, ob es richtig ist, dass der Landkreis 40 Mio. € Schulden aufgrund einer Fehlinvestition im Bereich Biotechnologiepark, Betrieb Byonic, hat, ob die Jahresergebnisse seit 2009 richtig dargestellt werden und ob der Landrat persönlich investiert hat.

Herr Landrat Giesecke führt aus, dass es sich beim Biotechnologiepark um eine private Investition handelt. Die SWFG hat die Flächen verkauft. Welche Probleme die Firma hat, entzieht sich seiner Kenntnis.

Der Vorsitzende des Kreistages macht nochmals deutlich, welche Dokumente den Abgeordneten zur nachfolgenden Abstimmung vorliegen.

Die vorliegende Austauschseite zum Haushaltssicherungskonzept 2012 (Anlage A.3., Vergleich ausgewählter Haushaltspositionen) wird zur Kenntnis genommen.

Es liegt der Änderungsantrag des Abg. Dr. Kalinka vor, die Seite 24 des Haushaltssicherungskonzeptes folgendermaßen zu ändern:

- Die Überschrift „Übersicht des Ergebnis- und Finanzplanes des LK TF 2012 - 2015“ erhält folgenden Wortlaut: „Übersicht des Ergebnisplanes des LK TF 2012 - 2015“.
- Die Zeilen 5 – 7 der nachfolgenden Tabelle werden gestrichen.
- In der Tabelle unter C.1. sind in allen Zeilen die Höchstfehlbeträge von „15 Mio. €“ zu streichen und durch „0“ zu ersetzen.

Der Kreistag stimmt bei 1 Enthaltung einstimmig dem Änderungsantrag zu.

Es liegt der Geschäftsordnungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Vertagung des Haushaltssicherungskonzeptes vor.

Der Geschäftsordnungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Vertagung des Haushaltssicherungskonzeptes wird mehrheitlich abgelehnt.

Es liegt der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 mit folgendem Wortlaut vor:

„Folgende Ergänzungen sind in das Haushaltssicherungskonzept 2012 aufzunehmen:

B.3.2. Maßnahmenkatalog

- Reduzierung der Aufwendungen für Fahrzeugbeschaffung, Instandhaltung und Fahrzeugunterhaltung um 30% bis zum Haushaltsjahr 2015
- Reduzierung der Personalkosten pro Jahr um 1,5 % auf Basis des Haushaltsansatzes 2010
- Prüfung der Eigentumsübertragung der Flämingskate auf die Gemeinden und Prüfung der Reduzierung der Unterhaltskosten zur Unterhaltung der Flämingskate
- Reduzierung der Personalaufwendungen der SWFG mbH
- Verkauf des Biotechnologieparkes
- Prüfung des Verkaufes der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH
- Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen für die kreiseigenen Gesellschaften SWFG mbH und Flughafengesellschaft mbH Schönhagen auf insgesamt max. 500 000 Euro p.A.
- Finanzierung der Investitionen maximal in Höhe der Einzahlungen
- Prüfung der Übertragung der Immobilien des Museumsdorfes Glashütte in eine Stiftung
- Prüfung der Übertragung des Schullandheimes „ Haus am See“, des Museums des Teltows und der Landwirtschaftsschule auf andere öffentliche Träger
- Reduzierung der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben um 10% auf Basis des Haushaltsansatzes 2012“

Herr Abg. Lindner beantragt, diesen Antrag in den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Herr Abg. Eichelbaum merkt als Antragsteller an, dass der Antrag heute zur Abstimmung kommen soll. Er sieht keinen sachlichen Grund, warum der Antrag der CDU überwiesen werden soll, die Anträge der Fraktionen SPD/Grüne und DIE LINKE. hingegen nicht.

Der Vorsitzende des Kreistages verweist darauf, dass über den in den Kreistag eingereichten Antrag auch der Kreistag „Herr des Verfahrens“ ist. Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag gemäß § 9 Ziff. 4 GO vor, über den er abstimmen lassen muss.

Der Kreistag stimmt mehrheitlich der Überweisung des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion zur Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 in den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

Es liegt der Ergänzungsantrag der Fraktion SPD/Grüne zum Haushaltssicherungskonzept 2012 vor.

Herr Abg. Eichelbaum beantragt für die CDU-Kreistagsfraktion die Überweisung des Ergänzungsantrages der Fraktion SPD/Grüne in den Haushalts- und Finanzausschuss.

Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass es beim vorliegenden Antrag der Fraktion SPD/Grüne um Grundsätze des Haushaltssicherungskonzeptes geht. Der Antrag der CDU beinhaltet hingegen ganz konkrete Sparmaßnahmen, die durch die AG Haushaltskonsolidierung geprüft werden sollten.

Der Kreistag lehnt die Überweisung des Ergänzungsantrages der Fraktion SPD/Grüne zum Haushaltssicherungskonzept 2012 in den Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich ab.

Der Kreistag beschließt

Die durch den Kreistag eingesetzte Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ ist durch die Beauftragung einer externen Beratungsgesellschaft, die qualifizierte Erfahrungen in Haushaltssanierungsfragen hat, zu begleiten und fachlich zu unterstützen. Zielstellung muss es sein, auf der Basis einer Aufgabenkritik Lösungen aufzuzeigen, die aufgelaufenen Fehlbeträge durch die Erwirtschaftung von Haushaltsüberschüssen bis zum Ende des Haushaltsjahres 2017 komplett abzubauen.

1. Das bereits eingeführte Cash- und Forderungsmanagement ist zügig weiter zu qualifizieren. Mit dem Haushaltsplanentwurf 2013 ist ein Bericht über die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen vorzulegen.
2. Auf der Basis der Ergebnisse der Aufgabenkritik sind die Personalkosten einschließlich aller etwaigen tariflichen und gesetzlichen Erhöhungen verbindlich auf einer Budgethöhe (einschließlich aller Personalnebenkosten) von 41,1 Mio. Euro zu deckeln.
3. Die für 2012 geltenden Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2011 sind weiterzuführen und konkret zum jeweiligen Realisierungspunkt in den jeweiligen Fachausschüssen und im Haushalts- und Finanzausschuss abzurechnen.
4. Über den Haushaltsvollzug berichtet der Landrat quartalsweise im Haushalts- und Finanzausschuss.

Aus der Berichterstattung muss erkennbar sein,

- wo sich in der Umsetzung des Haushaltsplanes wesentliche Abweichungen von den Planansätzen ergeben, wobei deren Ursachen konkret zu benennen sind,
- wo sich wesentliche wirtschaftliche Risiken ergeben, die sich auf die Haushaltsausführung des Landkreises auswirken,
- die Geschäftslage verbundener Unternehmen und deren Auswirkung auf die Haushaltsdurchführung des Landkreises und
- alle über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen ab einer Höhe von 100.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

mit großer Mehrheit bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Es liegt der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Haushaltssicherungskonzept vor.

Herr Abg. Eichelbaum verweist darauf, dass auch im vorliegenden Antrag konkrete Maßnahmen, wie z.B. der Verkauf des Flugplatzes Schönhagen, enthalten sind. Deshalb beantragt die CDU-Kreistagsfraktion die Überweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss.

Der Kreistag lehnt den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Überweisung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. zum Haushaltssicherungskonzept in den Haushalts- und Finanzausschuss bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich ab.

Der Kreistag beschließt

1. Der Kreistag erkennt das Herangehen der Verwaltung mit dem Haushalt 2012 an, seit 2009 erstmalig wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Damit steht fest, dass

keine neuen Kredite aufgenommen werden. Dieser Anspruch muss auch Wirkungen für die nächsten Jahre entfalten. Es geht im Kern um die Wiedererlangung der finanziellen Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Landkreises und um Verantwortung für zukünftige Generationen.

2. Der Kreistag verkennt nicht und nimmt die Einwendungen der Gemeinden und Städte ernst, dass der Haushalt 2012 auch Risiken beinhaltet. Beispielsweise wird auf Mehreinnahmen seitens Dritter gesetzt, die erst einmal kommen müssen.

Wir erneuern deshalb unsere Forderung, dass die Haushaltskonsolidierung eine zentrale Stellung im Verwaltungsablauf einnehmen und zur Chefsache werden muss. Über ein Begleitcontrolling in jedem Beigeordneten- und Dezernatsbereich ist strikt darauf zu achten, dass keine Maßnahmen zugelassen werden, die nicht im Einklang mit dem Haushaltssicherungskonzept stehen. Ausgenommen davon sind nur noch Maßnahmen, die unabweisbar und unvorhersehbar sind. Letztere sind dem Haushalts- und Finanzausschuss halbjährlich vorzulegen.

Der Kreistag bekräftigt in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit zur Überprüfung der Kostenstruktur für einzelne Produkte, bei denen der Landkreis Teltow-Fläming deutlich über dem Durchschnitt anderer Landkreise im Land Brandenburg liegt. Wenn auch die Bedingungen und Ausgangskordinaten nicht in jedem Falle vergleichbar sind, so sind die Erfahrungen zur Optimierung der Verwaltungsaufwendungen in diesen Bereichen stärker zu nutzen. Der Reduzierung der Kosten der laufenden Verwaltung ist höchste Priorität einzuräumen.

3. Die Anforderungen des Innenministeriums an ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept sind zur Grundlage des Verwaltungshandelns zu machen. Dabei wissen wir, dass nicht alles sofort und gleich geht, aber auch, dass weitere eigene Anstrengungen zur Konsolidierung notwendig sind.

Die Personalbedarfsplanung ist jährlich fortzuschreiben. Dabei sind alle Möglichkeiten der Effizienzsteigerung und gemeinsamen Aufgabenerfüllung mit anderen Gebietskörperschaften, unter Nutzung aller Formen der interkommunalen Zusammenarbeit zu prüfen. Die von der Kommunalverfassung eingeräumte Möglichkeit, dass der Kreistag die Zuständigkeit für die Einstellung und Begründung eines Beamtenverhältnisses und der Einstellung von Arbeitnehmern an sich ziehen kann, ist zu prüfen. Durch den Vorsitzenden des Kreistages ist dazu ein einvernehmliches Verfahren zur Änderung der Hauptsatzung zu veranlassen.

4. Das gilt auch für den § 6 Nr. 3 der Haushaltssatzung, wonach überplanmäßige Aufwendungen möglich sind, die ohne Beschluss des Kreistages erfolgen können. Die Wertgrenze, ab der über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen als erheblich anzusehen sind und der vorherigen Zustimmung des Kreistages bedürfen, wird wie folgt festgesetzt:

- a) für die Teilergebnishaushalte je Aufwendungsart und die damit verbundenen Auszahlungen 300.000 €

- b) für die Teilfinanzhaushalte je Einzelmaßnahme bis 250.000 €, sofern der aufzubringende Eigenmittelanteil 50.000 € nicht übersteigt

- c) für die Tilgung von Krediten 25.000 €

5. Der Kreistag bekräftigt die seit 2010 in Angriff genommene Strategie zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Dieser Prozess und die Umstrukturierung der SWFG müssen konsequent fortgeführt werden. Das betrifft alle kreislichen Gesellschaften und den Biotechnologepark, der nach dem Auslaufen der Zweckbindung der Fördermittel planmäßig veräußert wird. Ausgehend vom Beschluss des Kreistages zur Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung und der strategischen Neuausrichtung der SWFG in eine Immobilienverwaltungsgesellschaft muss zügig an der Umsetzung der Aufgabenstellung gearbeitet werden. Die prognostizierten Einspareffekte sind zeitnah haushaltswirksam zu machen. Den Personalfragen ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Darüber hinaus sehen wir über Vereinbarungen zur interkommunalen

Zusammenarbeit neue Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit den kreislichen Gesellschaften, vor allem, um Risiken und Verlustausgleiche für den Landkreis zu begrenzen. In diesem Zusammenhang sollten auch Möglichkeiten diskutiert und geprüft werden, ob und wie über ein Bewirtschaftungskonzept für die Flämings-Skate-Einnahmen, wie zur Parkraumbewirtschaftung, genutzt werden können, um Ausgaben des Landkreises abzumildern.

Die Möglichkeiten zur Veräußerung von kreislichen Anteilen (Flugplatzgesellschaft Schönhagen) und die einvernehmliche Herauslösung des Landkreises aus dem Gesellschaftervertrag mit der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, die LUBA betreffend, sollten konsequent in das Verwaltungshandeln einbezogen werden.

6. Der Kreistag nimmt die Stellungnahme des Innenministeriums zu den freiwilligen Leistungen zur Kenntnis. Auf neue Aufgaben, die nicht durch Gesetz oder Vertrag vorgegeben sind, wird verzichtet. Die freiwilligen Aufgaben umfassen wichtige Leistungen im Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger, wie beispielsweise das Sozialticket, die Bereitstellung von Gebührenermäßigungen und Gebührenbefreiungen, um Chancengleichheit im Zugang zu Bildung zu befördern - über die Volkshochschule, die Kreismusikschule, die Fahrbibliothek, die unentgeltliche Schülerbeförderung und die Nutzung des Landschulheims. Aber auch die Benutzung von Sporthallen und Museumsbesuche, wie auch die Richtlinie für ambulante soziale Dienste, die Behindertenfahrcoupons und das Netzwerk für gesunde Kinder, wären davon betroffen. Dem Konsolidierungsdruck geschuldet, werden freiwillige Leistungen einer Prüfung unterzogen. Ansatzpunkt ist, dass über intelligente Lösungen und unter Nutzung sozialer Kriterien, Möglichkeiten der Weiterfinanzierung gefunden werden. Der Solidargedanke zwischen reichen und armen Kommunen im Landkreis sollte dabei Beachtung finden. Dazu ist eine enge und sachdienliche Arbeit und Abstimmung mit den Bürgermeistern der Gemeinden und Städte notwendig.

Abstimmungsergebnis:

mit großer Mehrheit bei einigen wenigen Gegenstimmen und einer größeren Anzahl von Stimmenthaltungen beschlossen

Auf Antrag des Abg. Käthe erfolgt namentliche Abstimmung über das Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Austauschseite und der Änderungen auf der Seite 24. (Die namentliche Abstimmung liegt der Niederschrift als Anlage bei.)

Der Kreistag beschließt :

das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Flämings als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	9
Enthaltung:	11

TOP 8.6

Haushaltssatzung 2012

(4-1098/11-I)

Der Vorsitzende des Kreistages verweist darauf, dass ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zum Haushalt 2012 mit folgendem Wortlaut auf den Tischen liegt:

”

1. Der Landkreis Teltow-Fläming befindet sich in einer dramatischen Haushaltssituation. Der vorgelegte Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept 2012 genügen nicht den Anforderungen an eine sparsame Haushaltsführung. Der Landrat wird beauftragt, alle freiwilligen Aufgaben auf Einsparungsmöglichkeiten zu untersuchen, insbesondere zu überprüfen, ob die diesbezüglichen Aufgaben notwendig und erforderlich sind. Alle Produktpläne sind einem Vergleich mit den entsprechenden Produktplänen der Haushaltspläne der Landkreise Dahme-Spreewald, Oberhavel und Potsdam-Mittelmark zu unterziehen. Der Landrat berichtet dem Kreistag bis zum Ende des Jahres 2012 über die Ergebnisse der entsprechenden Prüfungen und Untersuchungen.
2. Der Kreistag bekundet den politischen Willen, gemäß § 62 Absatz 3 der Brandenburger Kommunalverfassung, die Zuständigkeit für die Einstellung und Begründung eines Beamtenverhältnisses ab der Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes und der Einstellung von Arbeitnehmern vergleichbarer Entgeltgruppen an sich zu ziehen. Die Hauptsatzung ist entsprechend zu ändern und die geänderte Fassung dem Kreistag in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Ab sofort sind die Planstellen jährlich um 5 % zu reduzieren, mindestens in Höhe der Neueinstellungen. (durch sog. kw-Vermerke) Die nicht besetzte Stelle des persönlichen Referenten des Landrates wird ersatzlos gestrichen. Die entsprechende Änderung des Stellenplanes des Haushaltsplanes 2012 wird vorgenommen.
4. Die Haushaltssatzung 2012 wird, wie folgt geändert:
 - a) in § 4 wird die Zahl „ 37.000000“ durch „ 25.000000“ ersetzt.
 - b) in § 5: Satz 1 wird die Zahl „47“ durch die Zahl „45“ ersetzt.
5. Die Ausgaben im Haushaltsplan 2012 sind um 1,8 Mio. Euro zu reduzieren.

Anlage:

Mögliche Vorschläge zur Reduzierung der Ausgaben des Haushaltsplanes:

- a) der Ansatz Personalaufwendungen Statistik (Zensus-Projekt) Produkt 121020 wird von 156.490 auf 0 Euro reduziert (Einsparung 156.490 Euro)
- b) der Ansatz Personalaufwendungen Steuerung der Verwaltung und Vertretung des Landkreises Produkt 111010 wird von 1.616.420 auf 1.100000 Euro reduziert (Einsparung 516.420 Euro)
- c) der Ansatz Aufwand Fahrzeughaltung Doppik-Konto: 111010.525100 wird von 30.000 auf 20.000 Euro reduziert (Einsparung 10.000 Euro)
- d) der Ansatz Wachschatz Werben-Produktkonto: 111010.524100 wird auf 0 gesetzt (Einsparung 450 Euro)
- e) der Ansatz Betreuung der Gäste-Produktkonto: 111010.527170 wird von 7300 Euro auf 5000 Euro reduziert (Einsparung 2300 Euro)
- f) der Ansatz Betreuung der Delegationen- Produktkonto: 111010.527190 wird von 7500 Euro auf 5000 Euro reduziert ((Einsparung 2500 Euro)

- g) der Ansatz Repräsentationen des Landrates- Produktkonto: 111010.549100 wird von 5000 auf 2500 Euro reduziert (Einsparung 2500 Euro)
- h) der Ansatz Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit Museumsdorf Glashütte Produkt 252020 wird von 303.140 Euro auf 200.000 Euro reduziert (Einsparung 100.000 Euro)
- i) der Ansatz Medienbeschaffung für Fahrbibliothek, Kreisbildstelle und Kreisergänzung, Produktkonto: 272010.527200, wird von 32.300 auf 2300 Euro reduziert (Einsparung 30.000 Euro)
- j) In den Produkten 1,2,4 und 5 sind zusätzlich die Ansätze für Aufwendungen für laufende Verwaltungstätigkeit um jeweils 2 % zu reduzieren (Einsparung ca. 1 Mio. Euro).“

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zum Haushaltsplan wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Kreistag beschließt:

die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 einschließlich der vorliegenden Austauschblätter.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen

(Frau Abg. Laue verlässt die Sitzung.)

TOP 8.7

Jugendförderplan 2012

(4-1153/12-V/1)

Herr Abg. Thier verweist auf die letzte Seite der Vorlage, in der für die Gemeinde Niederer Fläming ausgewiesen wird, dass bei den Sach- und Betriebskosten 3.950 € gebilligt werden. Ihm ist jedoch bekannt, dass die Gemeinde 4.300 € beantragt hat. In den Erläuterungen zur Vorlage ist aufgeführt, dass durch die Beantragung der Kommunen insgesamt 6.100 € weniger beantragt wurden und dementsprechend eine Einsparung möglich ist. Er fragt, warum der Gemeinde Niederer Fläming dann nicht die beantragte Summe zugewiesen wurde.

Herr Bührendt, Dezernent V, sichert eine Überprüfung und wenn nötig, eine Veränderung entsprechend der Richtlinie zu.

Der Kreistag beschließt:

den Jugendförderplan 2012.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45
Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 2

TOP 9

Personalbericht 2011 und Personalbedarfsplanung für den Zeitraum 2012 bis 2020 der Kreisverwaltung Teltow-Fläming (4-1154/12-I)

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 10

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming 2012 (4-1131/12-III)

Der Kreistag beschließt:

die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 11

Grundwassersanierung Rangsdorf, Zülowpromenade - Abschluss 2011 (4-1152/12-III)

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 12

Erlass zur einstweiligen Sicherstellung durch den Landrat für das beabsichtigte Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide" (4-1158/12-III)

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

TOP 13

Finanzielle Mittel für die Arbeit der Fraktionen des Kreistages im Jahr 2012 (4-1130/12-KT)

Der Kreistag beschließt:

Für die Arbeit der Fraktionen des Kreistages im Jahr 2012 werden folgende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt:

Fraktion SPD/Grüne	3.291,05 €
Fraktion DIE LINKE.	2.524,95 €

CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming	1.990 €
Fraktion FDP/BV	1.650 €
Fraktion VF	970 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	0

TOP 14

Personelle Veränderung in Ausschüssen des Kreistages (4-1148/12-KT)

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag stellt gemäß dem Vorschlagsrecht der Fraktion SPD/Grüne folgende Veränderung für den Haushalts- und Finanzausschuss fest:
 - Herr Christoph Schulze scheidet als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied aus.
 - Herr Helmut Barthel ist mit Benennung gegenüber dem Vorsitzenden des Kreistages ordentliches stimmberechtigtes Mitglied.
2. Der Kreistag stellt gemäß dem Vorschlagsrecht der Fraktion SPD/Grüne folgende Veränderung für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport fest:
 - Frau Gabriele Dehn ist mit Benennung gegenüber dem Vorsitzenden des Kreistages ordentliches stimmberechtigtes Mitglied (für den aus dem Kreistag ausgeschiedenen Abgeordneten Manfred Radan).
3. Frau Nancy Rättsch wird als sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport abberufen.
4. Herr Gregor Jung wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 15

Mitteilungen des Landrates

Es liegen keine Informationen vor.

Luckenwalde, 6. März 2012

Christoph Schulze